



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 20, No. 4/2005

**abgeschlossen am
2. Mai 2005**

	<u>Seite</u>
1. Tauziehen im Senat um Bestätigung des VN-Botschafters	1
2. Insolvenzrechtsreform verabschiedet	2
3. Budget-Resolution 2006 verabschiedet	2
4. Repräsentantenhaus für Abschaffung der Erbschaftssteuer	3
5. Senat verabschiedet Ergänzungshaushalt 2005	4
6. Wachsende Opposition gegen Bushs Rentenreformpläne	4
7. Eskalation im Streit um offene Richterstellen im Senat	6
8. Kommission zu nachrichtendienstlichen Pannen legt Bericht vor	7
9. Neue Untersuchung gegen <i>Majority Leader</i> Tom DeLay	8
10. Senator Jeffords kündigt Ausscheiden an	10

4/2005

1. Tauziehen im Senat um die Bestätigung des VN-Botschafters

Die Nominierung von John Bolton für das Amt des amerikanischen Botschafters bei den Vereinten Nationen durch Präsident Bush ist im Auswärtigen Ausschuss des Senats im April 2005 auf heftigen Widerstand gestoßen, sodass eine Abstimmung vom Ausschussvorsitzenden Richard G. Lugar (R-Ind.) vorerst auf den 12. Mai 2005 vertagt wurde.

Kritik an dem 56-jährigen Bolton, der in der ersten Amtszeit Bushs als *Undersecretary for Arms Control* im *State Department* arbeitete, kommt von den acht demokratischen Mitgliedern des *Senate Foreign Relations Committee*.

Sie werfen Bolton die versuchte Einschüchterung eines Mitarbeiters im *Bureau of Intelligence* des Auswärtigen Amtes vor, der Zweifel an der behaupteten Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak angemeldet hatte. Bolton habe versucht, den Außenamtsmitarbeiter kalt zu stellen, weil dessen nachrichtendienstliche Lagebeurteilungen nicht mit den politischen Einschätzungen des damaligen *Undersecretary for Arms Control* übereinstimmten. Der Außenamtsmitarbeiter hatte Bolton zudem mit Blick auf die Existenz von biologischen Waffen auf Kuba widersprochen, was massive Einschüchterungsversuche zur Folge gehabt habe.

Damit verbunden ist auch die Kritik an Boltons missionarischem Realismus, der aus seiner Ablehnung der Vereinten Nationen schon als Mitarbeiter des damaligen rechtskonservativen republikanischen Senators Jesse Helms kein Hehl machte. Zwar beeilte sich Bolton vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats eine Lanze für „effektive multilaterale Institutionen“ zu brechen. Sie steht jedoch in deutlichem Gegensatz zu seiner bisherigen offenen Distanz zur Weltorganisation in New York, auch wenn der Stabschef des Weißen Hauses, Andrew Card, betonte, dass Bolton der richtige Mann für die „harten Reformen“ bei den Vereinten Nationen ist.

Die scharfe Kritik der Demokraten an der Nominierung Boltons, die dem Vernehmen nach auch von seinem früheren Chef Colin Powell geteilt wird, hat dazu geführt, dass drei gemäßigt konservative Republikaner im Auswärtigen Ausschuss, nämlich Chuck Hagel (Neb.), Lincoln Chafee (R.I.) und George Voinovich (Ohio), signalisiert haben, dass sie ihr Stimmverhalten überdenken wollen. Bolton hätte dann keine Mehrheit im Auswärtigen Ausschuss, dem 10 republikanische Mitglieder angehören, was den Ausschussvorsitzenden Lugar dazu veranlasst hat, die Abstimmung über seine Nominierung für das Amt des Botschafters bei den Vereinten Nationen vorerst zu verschieben.

Hinter der Auseinandersetzung um die Nominierung Boltons steht die Sorge eines Teils der Republikaner, dass die Partei nach dem Wahlsieg Bushs 2004 zu sehr nach rechts driftet, was in den Zwischenwahlen 2006 zu Stimmenverlusten in jenen Bundesstaaten wie Ohio führen könnte, die parteipolitisch gespalten sind und in den letzten Präsidentschaftswahlen sehr umkämpft waren.

Präsident Bush muss einerseits versuchen diesen Eindruck zu zerstreuen. Andererseits muss er seine Entschlossenheit betonen, Bolton durchzusetzen. Das Dilemma ist ebenso groß wie der drohende politische Gesichtsverlust für den Präsidenten, der nicht als „lame duck“ erscheinen möchte. Das Tauziehen um die Nominierung Boltons macht allerdings klar, wie sehr der Handlungsspielraum Bushs im republikanischen Lager beschränkt sein könnte je näher die *Midterm Elections* 2006 rücken.

2. Insolvenzrechtsreform verabschiedet

Nach dem Senat hat am 14. April auch das Repräsentantenhaus mit 302:126 einer Novelle des *Federal Bankruptcy Code* (S 256) zugestimmt (vgl. CR 3/2005, S. 4). Der Congress hatte acht Jahre an einer Reform des Insolvenzrechts in den USA gearbeitet, die von der Finanzwirtschaft und den Banken immer gefordert wurde.

Im Zentrum der Neuregelung steht die verschärfte Schuldentilgung, zu der Schuldner im Rahmen laufender Insolvenzverfahren durch sogenannte „means tests“ gezwungen werden sollen. Gemeint ist der verstärkte Haftungs-/Tilgungszwang nach Abzug einer Lebensunterhaltungspauschale. Besonders Kreditkartenunternehmen haben dies immer wieder gefordert, um dem Konkursbetrug Einhalt zu gebieten.

Insgesamt soll die Neuregelung säumigen Schuldnern erschweren sich aus ihren Zahlungsverpflichtungen durch Eröffnung eines Insolvenzverfahrens zu lösen. Dabei werden sowohl Privatpersonen als auch kleine Unternehmen schärferen konkursrechtlichen Bestimmungen unterworfen.

Während die Republikaner die Neuordnung des Insolvenzrechts als dringend notwendig zur Verbesserung der „finanziellen Verantwortlichkeit“ der Verbraucher bezeichneten, sprachen die Demokraten von einem Schritt in die falsche Richtung, weil er Großunternehmen nicht in die Reform einbeziehe. „Verantwortlichkeit ist eine Zweibahn-Straße“, so Bill Delahunt (D-Mass.), was auch für Großunternehmen gelten sollte.

3. Budget-Resolution 2006 verabschiedet

Repräsentantenhaus und Senat haben im April 2005 ihre Verhandlungen im Vermittlungsausschuss über die Budget-Resolution 2006 abgeschlossen (vgl. CR 3/2005, S. 1) und mit 214:211 (Repräsentantenhaus) bzw. 52:47 dem Kompromisspaket zugestimmt.

Mit der Budget-Resolution legt der Congress jährlich den groben Finanzrahmen für die Arbeit der 13 Bewilligungsausschüsse in beiden Kammern fest, die in den kommenden

Monaten die Haushaltsansätze für das Jahr 2006 festlegen werden, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2005 beginnt.

Der von beiden Kammern vereinbarte Finanzrahmen sieht für das kommende Haushaltsjahr u.a.

- eine Steigerung der Rüstungsausgaben um 17 Mrd. USD vor, während die Ausgaben im Bereich des *non-defense discretionary spending* eingefroren werden sollen.

Außerdem sieht die Budget-Resolution 2006 Kürzungen bei *Medicaid*, dem Krankenversicherungsprogramm des Bundes für einkommensschwache Familien vor.

Kritiker in den Reihen der Demokraten und ihnen nahestehender Forschungseinrichtungen wie des *Center on Budget and Policy Priorities* kritisierten, das die USA „ohne Haushaltsplan besser dran wären als mit diesem Plan“ und verwiesen nicht nur auf die Kürzungen bei *Medicaid*, sondern auch auf die beschlossene Öffnung von Naturschutzgebieten in Alaska für die Ölförderung (vgl. CR 3/2005, S. 3) und die in der Budget-Resolution 2006 anvisierte Steuersenkung in Höhe von 106 Mrd. USD über einen Zeitraum von fünf Jahren.

4. Repräsentantenhaus für Abschaffung der Erbschaftssteuer

Das Repräsentantenhaus hat sich Mitte April 2005 mit deutlicher Mehrheit für die endgültige Abschaffung der Erbschaftssteuer ausgesprochen.

272 Abgeordnete, darunter ein Block von knapp 40 Demokraten, stimmten für die Abschaffung der Steuer. Dagegen sprachen sich 162 Abgeordnete aus.

Ein demokratischer Alternativvorschlag, den Freibetrag von 675.000 USD auf 3,5 Mio. USD anzuheben, wurde mit 238 gegen 194 Stimmen zurückgewiesen. Die Demokraten wollen die Einkünfte aus der Steuer auf größere Erbschaften für die Finanzierung der Bundesrentenversicherung heranziehen (vgl. Punkt 5).

Gemäß den Bestimmungen der 2001 auf Vorschlag von Präsident Bush beschlossenen Steuersenkungen wird die Erbschaftssteuer bis 2010 sukzessive auf Null reduziert, tritt aber im Folgejahr wieder voll in Kraft (vgl. CR 6-7/2001, S. 3)

Die von der republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus durchgesetzte neue Runde der Steuersenkungen ist Teil der Bemühungen, alle Komponenten der 2001 aus haushaltstechnischen Gründen auf befristete Zeit beschlossenen Entlastungen dauerhaft festzuschreiben.

Allerdings zeichnet sich für die Beratungen im Senat ein zwischenparteilicher Kompromiss in dem rhetorisch heißen Steuerstreit ab.

Die Demokraten haben gegen eine generelle Abschaffung der Erbschaftssteuer eine Blockade durch *Filibuster* (vgl. Punkt 7) angedroht, sind jedoch zu einer substanziellen Erhöhung der Freibeträge und zu einer Absenkung der Steuersätze (55 Prozent nach bisherigem Recht) bereit.

Von republikanischer Seite wird zwar vordergründig an einer Maximal-Strategie festgehalten, doch wurden dem Unterhändler der Partei, Senator Jon Kyl (Ariz.), weitgehende Verhandlungsspielräume zugestanden, die einen Erfolg sichern sollen.

5. Senat verabschiedet Ergänzungshaushalt 2006

Nach dem Repräsentantenhaus (vgl. CR 3/2005, S. 2) hat am 21. April 2005 auch der Senat einem Ergänzungshaushalt in Höhe von 81,3 Mrd. USD zugestimmt. Die Entscheidung (*Emergency Supplemental Appropriations, Senate Report 109-52*) erfolgte einstimmig.

Die Entscheidung sieht 74 Mrd. USD für die laufenden Militäroperationen im Irak und in Afghanistan vor. Das sind zwei Mrd. USD weniger als vom Repräsentantenhaus in dessen Bewilligungsvorlage vorgesehen sind.

Außerdem stellt die Senatsvorlage 592 Mio. USD für den Bau einer neuen amerikanischen Botschaft in Bagdad zur Verfügung, während das Repräsentantenhaus auf eine Mittelbewilligung in diesem Bereich ganz und gar verzichtet.

Beide Kammern müssen nun im Vermittlungsausschuss ihre Bewilligungsvorlagen miteinander abgleichen, was einige Wochen in Anspruch nehmen dürfte.

6. Wachsende Opposition gegen Bushs Rentenreformpläne

Präsident Bush hat Ende April 2005 seine sechswöchige Werbekampagne für eine Reform der Bundesrentenversicherung OASDI (*Old Age, Survivors, and Disability Insurance*) mit einer von den nationalen Medien übertragenen Rede und Pressekonferenz abgeschlossen.

Die groß angelegte Kampagne mit Redeauftritten von Regierungsvertretern in 127 Städten und über 500 Radio- und Fernsehinterviews zielte darauf, öffentliche Unterstützung für die von Bush vorgeschlagene Einführung individueller Rentensparkonten in das Bundessystem zu mobilisieren.

Nach den Vorstellungen des Präsidenten soll ein Teil der gesetzlichen Rentenbeiträge in sogenannte *Personal Retirement Accounts* eingezahlt werden, die unter Auflagen eine Anlage in Wertpapier- und Aktienfonds erlauben.

Die erhofften Erträge sollen dazu beitragen, die angesichts der längerfristigen Finanzierungsprobleme des Systems als notwendig erachteten Kürzungen der Renten zu kompensieren.

Die Alternative einer Finanzierung der Deckungslücke (welche nach Prognosen ab 2041 ca. 25 Prozent der auszahlenden Rentensumme beträgt) durch höhere Beiträge oder Steuern lehnt die Administration grundsätzlich ab.

In seiner kurzen Rede wie in der folgenden Befragung durch Journalisten nahm Bush erstmals konkret Stellung zu den geplanten Kürzungen der Rentenleistungen. Der Präsident griff ein Konzept auf, das unter dem Label „*Progressive Indexation*“ auch unter Rentenexperten diskutiert wird, die der Demokratischen Partei nahe stehen.

Progressive Indexierung bezeichnet dabei ein Konzept, das ein mit wachsendem Einkommen abnehmendes Rentenniveau vorsieht. Die unteren Einkommensgruppen sollen gänzlich von Kürzungen ausgenommen bleiben; für mittlere und höhere Einkommen sollen dagegen zukünftige Leistungsanpassungen stufenweise von einer Kopplung an Lohnzuwächse auf einen Inflationsausgleich reduziert werden.

Allerdings wurde der Vorschlag von demokratischer Seite als prinzipiell unannehmbar zurückgewiesen. Die meisten Demokraten befürchten, dass eine solche einkommensbezogene Neugestaltung der Rentenleistungen das bisherige System von einer Versicherung zu einem Sozialhilfeprogramm umwandeln würde, dem langfristig die politische Unterstützung durch die Mittelschichten verloren gehen könnte.

Die Demokraten sehen sich in ihrer kategorischen Ablehnung von Bushs Reformplänen durch eine Reihe von Meinungsumfragen bestärkt, die auf eine weit verbreitete und wachsende Skepsis der Bevölkerung gegenüber den Kernelementen des Konzepts hindeuten.

In den laufenden Umfragen von *Gallup* wie anderen Meinungsforschungsinstituten lehnt eine Mehrheit der Wählerschaft unverändert individuelle Rentensparkonten ebenso ab wie Leistungskürzungen und Erhöhungen des Rentenalters oder der Rentenbeiträge. Allein der Vorschlag einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze (90.000 USD Jahreseinkommen) findet mehrheitliche Zustimmung.

Bemerkenswerterweise konnte Bushs Werbekampagne an diesen Einstellungsmustern nichts ändern. Vielmehr haben sich die Umfragewerte – aus der Sicht der Administration – in den zurückliegenden sechs Wochen merklich verschlechtert.

Eine *ABC News/Washington Post*-Umfrage zeigt beispielsweise, dass die Zustimmung zu Bushs Leistungen in der Rentenpolitik von Mitte Januar bis Ende April von 38 auf 31 Prozent zurückging, während die negative Werte von 55 auf 64 Prozent anstiegen.

Unter diesen Vorzeichen bestehen für die demokratische Opposition keine Anreize zu einem Einlenken gegenüber der Administration. Allerdings sind von republikanischer Seite bisher auch kaum nennenswerte Kompromissangebote gekommen.

Ein Verzicht auf die individuellen Rentensparkonten, wie von den Demokraten gefordert, scheint für die Administration ebenso wenig hinnehmbar wie Steuer- und Abgabenerhöhungen für die republikanischen Fraktionen im Congress.

Offensichtlich versucht der Präsident angesichts der verhärteten Fronten auf Zeit zu spielen und durch die Drohung mit der Option der Nichtbehandlung des Problems die Demokraten unter Zugzwang zu setzen.

Im Hinblick auf den engen Zeitrahmen für die Gesetzgebung, dessen Ende nach Einschätzung der meisten Beobachter der Auftakt der Wahlkämpfe zu den Congresswahlen 2006 markiert, ist der Erfolg einer solchen Strategie jedoch fraglich.

Die Finanzausschüsse von Repräsentantenhaus und Senat wollen bis zum Sommer dieses Jahres eine erste Runde von Anhörungen zu Gesetzesvorschlägen für eine Reform des Rentensystems abschließen. Die beiden republikanischen Ausschussvorsitzenden, der Abgeordnete Bill Thomas (Cal.) und Senator Charles E. Grassley (Iowa), haben vorsorglich ihre Erfolgserwartungen mehr als vorsichtig formuliert.

7. Eskalation im Streit um offene Richterstellen im Senat

Der Streit zwischen den Parteien um die Blockade einer Reihe von Vorschlägen der Bush-Administration für die Besetzung offener Richterstellen durch die Demokraten hat sich im April 2005 merklich zugespitzt.

Majority Leader Bill Frist (R-La.) hat der Opposition bereits mehrfach damit gedroht, ein *Filibuster* der Richterernennungen auf dem Weg einer Abstimmung über die Auslegung der Geschäftsordnung mit der einfachen Mehrheit von 51 Stimmen abzuschaffen (vgl. CR 2/2005, S. 9).

Ein Filibuster, die Beanspruchung unbeschränkter Redezeit für jedes Senatsmitglied, kann nur mit Hilfe einer Entscheidung über ein Ende der Debatte unterbunden werden, für die 60 von 100 Stimmen erforderlich sind.

Der Justizausschuss des Senats hat in der zweiten Aprilhälfte mit den Stimmen der republikanischen Mehrheit zwei Ernennungsvorschläge, die bereits im 108. Congress von den Demokraten blockiert worden sind, erneut an das Plenum überwiesen.

Dies erlaubt es Senator Frist, die Abstimmungen über die Kandidaten in den kommenden Wochen nach eigenem Ermessen auf die Tagesordnung zu setzen und damit einen *Showdown* zu erzwingen.

Ob Frist über die notwendigen 50 republikanischen Stimmen verfügt, die zusammen mit Vizepräsident Dick Cheney's Stimme die Abstimmungsmehrheit sichern könnten, ist allerdings noch nicht sicher. Der Vizepräsident hat gemäß der Verfassung als Vorsitzender des Senats bei Auszählungsgleichstand ein Stimmrecht.

Einige Fraktionsmitglieder vom linken Flügel der Partei wie aus den Reihen der gemäßigt konservativen Republikaner haben jedoch Widerstand gegen ein solches Geschäftsordnungsmanöver angekündigt oder zumindest Vorbehalte signalisiert.

Rückendeckung hat diese Dissidentengruppe von Parteigrößen wie dem früheren Senator und Präsidentschaftskandidaten Bob Dole (Kan.) und dem renommierten konservativen Kommentator George F. Will erhalten, die sich gegen Einschränkungen des Filibuster ausgesprochen haben. Zudem zeichnet sich nach Meinungsumfragen in der Wählerschaft eine deutliche Mehrheit gegen die Regeländerung ab.

Für Senator Frist ist jedoch für seine für 2008 avisierte Präsidentschaftskandidatur ein Erfolg in der Richterfrage unabdingbar. Die konservative Mehrheit der Senatsfraktion will dagegen der Blockade einer für die nähere Zukunft zu erwartenden Neubesetzung von Teilen des *Supreme Court* durch die Demokraten vorbeugen.

Die von beiden Seiten Ende April vorgelegten Kompromissangebote wurden von der jeweiligen Gegenpartei schnell als unzureichend zurückgewiesen und sind eher als taktische Manöver zu werten.

Vor diesem Hintergrund scheint eine Eskalation des Konflikts geradezu programmiert. Für den Fall eines republikanischen Erfolgs haben die Demokraten angekündigt, den Gesetzgebungsprozess im Senat durch Ausschöpfung aller Geschäftsordnungsrechte der Minderheit zum Erliegen bringen zu wollen. Dies dürfte das Ansehen beider Parteien in der Öffentlichkeit nachhaltig beschädigen.

8. Kommission zu nachrichtendienstlichen Pannen legt Bericht vor

Die Kommission zur Untersuchung der nachrichtendienstlichen Pannen im Vorfeld des Irak-Krieges hat Ende März 2005 ihre Untersuchungsergebnisse vorgelegt. Der 601 Seiten umfassende Bericht der *Commission on the Intelligence Capabilities of the United States Regarding Weapons of Mass Destruction* wurde unter der Führung von Laurence H. Silberman, einem früheren Bundesrichter, und Charles S. Robb, einem ehemaligen Senator, verfasst (<http://www.wmd.gov/report/>).

Die Kommission, die im Februar 2004 von Präsident Bush auf Druck des Congress eingerichtet wurde, hält in ihrem Bericht u.a. fest, dass

- die Nachrichtendienste mit allen Bewertungen zu angenommenen Massenvernichtungswaffen im Irak vollkommen falsch lagen;
- diese Fehleinschätzung ein komplettes Versagen der Geheimdienste darstellte;
- die Dienste die Beweislage („evidence“) zu Saddam Husseins Programmen zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen verdrehten („distorted“);
- sich Fehler dieser Größenordnung nicht wiederholen dürfen.

Die insgesamt neun Mitglieder der Kommission empfehlen eine dramatische Veränderung in der Organisation der Nachrichtendienste in den USA. Dazu zählen

- größere Vollmachten für den *Director of National Intelligence* (DNI), eine neue Position, die im Rahmen der Reform des Nachrichtendienstwesens im Dezember 2004 vom Congress geschaffen wurde, gegenüber den 15 bisher unabhängig operierenden Nachrichtendiensten in den USA (vgl. CR 11-12/2004, S. 1);
- Integration der amerikanischen Bundespolizei FBI (*Federal Bureau of Investigation*) in das Nachrichtendienstwesen unter dem Dach des DNI;
- stärkere Trennung von nachrichtendienstlicher Aufklärung und politischer Lagebeurteilung in den USA.

Der Geheimdienstausschuss des Senats hatte schon im Sommer 2004 in seinem „Report on the U.S. Intelligence Community’s Prewar Intelligence Assessments in Iraq“ ähnliches festgestellt. Danach waren die meisten Aussagen des *National Intelligence Estimate* (NIE) 2002 zu irakischen Massenvernichtungswaffen entweder übertrieben („overstated“) oder wurden durch die ihnen zu Grunde liegenden („underlying“) nachrichtendienstlichen Berichte nicht gerechtfertigt. Hinzu kam, dass zentrale Aussagen im NIE (wie jene, dass Bagdad über chemische und biologische Waffen verfüge) sich nicht mit den vorhandenen Einschätzungen von Analysten der CIA deckten.

Die Administration hat im Januar 2005 offiziell eingeräumt, dass im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden werden konnten, die als zentraler Grund für den Krieg gegen den Irak im März 2003 herangezogen worden waren.

9. Neue Untersuchung gegen *Majority Leader* Tom Delay

Der Ethik-Ausschuss des Repräsentantenhauses wird noch in der laufenden Sitzungsperiode eine Untersuchung neuer Vorwürfe gegen den Fraktionsführer der Republika-

ner, Tom DeLay (Tx.), wegen zweifelhafter Verbindungen zu Lobbyisten und Interessenorganisationen einleiten.

Das paritätisch besetzte *House Committee on Standards of Official Conduct* hat den Majority Leader bereits im 108. Congress mehrfach wegen Verletzungen der Verhaltensrichtlinien für Abgeordnete verwarnt (vgl. CR 10/2004, S. 7).

Derzeit läuft in Texas ein Ermittlungsverfahren gegen Mitarbeiter des von DeLay geführten *Texas Republican Majority PAC* (TRM PAC), das Anschuldigungen einer illegalen Wahlkampffinanzierung nachgeht. Eine mögliche Anklageerhebung gegen DeLay selbst ist allerdings noch offen.

Demgegenüber konzentrieren sich die in den letzten Wochen in der Presse erhobenen Vorwürfe auf eine Serie von Reisen DeLays und Verbindungen zu dem umstrittenen Lobbyisten Jack Abramoff.

Gegen Abramoff, der sich vor allem als erfolg- wie trickreicher Vertreter der Interessen der Glücksspielbranche einen Namen gemacht hat, ermittelt gegenwärtig die Bundesstaatsanwaltschaft. In diesem Kontext gerieten Reisen DeLays nach England, Russland und Korea ins Zwielficht, die von Abramoff organisiert und begleitet wurden.

Der *Majority Leader* hält daran fest, dass seine Reiseaktivitäten Informationszwecken dienten und von gemeinnützigen Organisationen unterstützt wurden, was sich mit den „ethics rules“ für Abgeordnete decken würde.

Problematisch für DeLay könnte es jedoch werden, dass die Richtlinien es untersagen, dass Reisekosten von registrierten Lobbyisten übernommen werden, selbst wenn diese später von gemeinnützigen Organisationen die Ausgaben erstattet bekommen.

Angesichts der anhaltenden Kritik und der nicht abbrechenden Kette neuer Enthüllungen beginnt die bisher geschlossene Unterstützung der Fraktion zu bröckeln.

DeLay gilt in der Führungsriege um *Speaker* J. Dennis Hastert (Ill.) als ideologischer Hardliner, dessen Machtposition auf der Unterstützung der konservativen Mehrheit der Republikaner ebenso wie sein effektives Fraktionsregiment beruht.

Auf Grund seines scharfen Konfrontationskurses gegen die Opposition und seine Verdienste um den Erhalt der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus ist DeLay zum konservativen Kronprinzen in der Nachfolge des vergleichsweise gemäßigt auftretenden Hastert avanciert.

Die mitunter harsche Vorgehensweise gegen die Opposition hat DeLay allerdings zugleich zur Hauptzielscheibe der Kritik der Demokraten werden lassen, für die er die Arroganz und politische Radikalität der republikanischen Mehrheit personifiziert.

Unter dem öffentlichen Druck der Kritik hat die republikanische Fraktion nun eine Reihe von Änderungen der Ermittlungsrichtlinien für den Ethik-Ausschuss zurückgenommen, die sie Anfang des Jahres ohne Absprache mit der Opposition durchgesetzt hatte.

Die kontroversen Regeländerungen, insbesondere die Einstellung von Untersuchungen, die nicht von einer zwischenparteilichen Mehrheit getragen werden, nach 45 Tagen, hatten die Demokraten zu einem Boykott des Ausschusses veranlasst.

Die Rücknahme der Änderungen hat den Weg für eine Wiederaufnahme der Arbeit des Ausschusses und damit einer Untersuchung der neuen Vorwürfe frei gemacht. Offiziell begrüßt DeLay die Untersuchung und verspricht sich hiervon ein Ende der von ihm als "linke Schmutzkampagne" bezeichneten Vorhaltungen.

Doch Experten sehen es als unwahrscheinlich an, dass der Majority Leader die Anhörungen unbeschadet übersteht. Angesichts der persönlich engen Kontakte zu Abramoff wird es für DeLay schwierig, den Ausschuss und die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass er über Details der Arrangements nicht informiert war und seinen Informationspflichten nach bestem Wissen nachgekommen ist.

Eine weitere Rüge durch den Ethik-Ausschuss oder schärfere Maßnahmen stellen aber die zukünftige Führungsrolle DeLays in Frage. Republikanische Abgeordnete wie Christopher Shays (Conn.) haben bereits erklärt, dass er, bis zur Ausräumung der Vorwürfe, eine Belastung für die Partei darstellt.

Als Konsequenz der Untersuchung gegen DeLay steht allerdings schon jetzt fest, dass der Ende der 1990er Jahre stillschweigend zwischen den Parteien vereinbarte Waffenstillstand in den Auseinandersetzungen um das Verhalten ihrer Führungspersönlichkeiten (*Politics of Personal Destruction*) außer Kraft gesetzt ist. Abgeordnete beider Parteien haben begonnen, ihre offiziellen Berichte nachzubessern oder zu korrigieren.

10. Senator Jeffords kündigt Ausscheiden an

Im Senat hat der unabhängige Senator Jeffords (Vt.) angekündigt, dass er sich Ende des nächsten Jahres aus der Politik zurückziehen will. Der 70-jährige Politiker gab dafür neben persönlichen auch gesundheitliche Gründe an.

Jeffords war im Jahr 2001 in das Rampenlicht der Bundespolitik getreten, als er auf Grund seiner Unzufriedenheit mit der Sozial- und Steuerpolitik Präsident Bushs aus der republikanischen Partei ausgetreten war (vgl. CR 6/2001, S. 1). Daraufhin hatten die Republikaner ihre Mehrheit im Senat verloren und Bush musste sich für die kommenden anderthalb Jahre mit einer demokratischen Opposition in der Kammer auseinandersetzen, die aus ihrer Ablehnung der innenpolitischen Agenda des Präsidenten kein Hehl machte.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern